

Michael Kroemer

**Was erwartet die Gesellschaft vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk
und was tun die gesellschaftlichen Gruppen für ihn?**

Kurzreferat

Vorweg eine Bemerkung, die keine Höflichkeitsfloskel ist: Wenn es den "Initiativkreis Öffentlicher Rundfunk" nicht gäbe, dann müßte er erfunden werden. Sie setzen sich für Erhalt und Stärkung eines dem Gemeinwohl verpflichteten Rundfunks ein, und daran wird schon zweierlei deutlich, das eine als Feststellung, das andere als Frage:

- Der öffentlich-rechtliche Rundfunk braucht diese Unterstützung – Punkt.
- Die gesellschaftlich relevanten Gruppen in den Aufsichtsgremien leisten diese Unterstützung möglicherweise nicht oder nicht ausreichend – Fragezeichen.

Nun ist der Initiativkreis wesentlich auch von ehemaligen Gremienmitgliedern, hier des Westdeutschen Rundfunks, gegründet worden, da ist also reichlich Erfahrung eingeflossen. Gleichwohl müssen sich die gesellschaftlichen Gruppen, die in den Aufsichtsgremien sitzen, Ihre Frage gefallen lassen, die ja auch fast als dreist empfunden werden könnte: Was tun sie für ihn, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, diese gesellschaftlichen Gruppen – also: Was tun sie überhaupt für ihn und nicht: Tun sie genug?

Erste Behauptung:

Die gesellschaftlich relevanten Gruppen in den Aufsichtsgremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks tun – dies sei in unzulässiger Verallgemeinerung gesagt! – zu wenig für ihn, vor allem deshalb, weil sie das Gebot der Staatsferne nicht wirklich konsequent exekutieren und das Geschäft allzu häufig letztlich doch lieber der Politik überlassen, also den Parteien, und sich von ihnen domestizieren lassen. Anders wären skandalöse Vorgänge wie die vor allem beim ZDF gar nicht zu erklären.

An dieser Stelle werden Sie sich angesichts der massiven Präsenz von WDR-Vertretern naturgemäß sogleich fragen, wie das denn beim Westdeutschen Rundfunk aussieht? Die Antwort darauf – meine persönliche Antwort, versteht sich – lasse ich an dieser Stelle noch offen, aber nur aus dramaturgischen Gründen.

Und nun möchte ich so etwas wie ein Geständnis machen: Die Frage, was die Gesellschaft, diese bundesdeutsche Gesellschaft, die im Osten und die im Westen, die im Süden und die im Norden, vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk erwartet, diese Frage macht mich ratlos, und da halfen bei der Vorbereitung auf die heutige Veranstaltung auch keine Blicke in einschlägige Umfragen. Man stößt dort immer nur auf Momentaufnahmen, und die meisten Umfragen sind interessengesteuert und am jeweiligen Auftraggeber orientiert.

Klar: In erster Linie dürfen, sollen die Menschen ein gutes, ein attraktives Programm erwarten, denn sonst schalten sie um. Der Fernsehkuchen ist gedrittelt –

die RTL Group hat die Nase vorn, dann folgen die öffentlich-rechtlichen Sender, dann die Sender der früheren Kirchgruppe. Lediglich (aber zugleich: Gott sei Dank!) bei den Informationssendungen, allen voran der guten alten Tagesschau, hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk die Nase immer noch, man könnte auch sagen: traditionell, vorn. Und am vergangenen Sonntag konnte man sich als Öffentlich-Rechtlicher darüber freuen, dass selbst der Kino-Kassenschlager "Titanic" (RTL) Polizeiruf 110 in der ARD nicht toppen konnte.

Ich meine, wir Öffentlich-Rechtlichen sollten uns darüber im klaren sein: Die Wettbewerbssituation könnte wesentlich dramatischer, nämlich zuungunsten des Öffentlichen Rundfunks, aussehen. Andererseits gehört nicht sonderlich viel Phantasie zu der Vorstellung, wonach sie, die öffentlich-rechtlichen Sender, noch wesentlich besser dastehen könnten. Denn,

zweite Behauptung:

Nicht wenige der gesellschaftlich relevanten Gruppen, die in den Aufsichtsgremien der öffentlich-rechtlichen Sender sitzen, die sie also organschaftlich mittragen, haben in den vergangenen 15 Jahren faktisch das Geschäft der Kommerziellen betrieben.

Das hat die Politik ja nicht allein gemacht, eine Spielart medienpolitischer Schizophrenie, die ich persönlich, vielleicht bin ich da einfach zu naiv, nie verstanden habe. Heute haben wir den Salat.

Man könnte das am Beispiel der Sportrechte wunderbar durchdeklinieren, aber dafür ist jetzt keine Zeit. Ich will nur einmal eine kurze Szene aufleuchten: Was wäre denn möglicherweise dabei herausgekommen, wenn sich die Vertreter des Deutschen Sportbundes (der sitzt, wie es sich gehört, in sämtlichen Gremien) und die Vertreter der kommunalen Gebietskörperschaften (für die gilt dasselbe!) in der Frage der Nutzung der zumeist kommunalen Sportstätten einig gewesen wären? Aber Herr Meyer-Vorfelder saß ja damals schon im Rundfunkrat des Süddeutschen Rundfunks... Folgt die

dritte Behauptung:

Wer sich in das Aufsichtsgremium einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt entsenden oder wählen läßt, da bin ich Purist (manch einer würde vielleicht sagen: Pharisäer), sollte uneingeschränkt hinter der Grundkonstruktion des öffentlich-rechtlichen Rundfunks stehen und eben nicht nur ein bisschen schwanger sein. Das gibt es bekanntlich nicht.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hatte und hat in seinen Aufsichtsgremien sozusagen fast *natürliche Verbündete*, und die darf man auch nennen, die muß man benennen, weil die Linien, die oftmals Kampflinien waren, sonst unscharf bleiben: Auf die

- Kirchen und die Gewerkschaften,
- die im Sozialbereich tätigen Verbände,
- die Verbraucher- und
- die Künstlerorganisationen konnten sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk und

sein Publikum (also ein Teil der "Gesellschaft") in den vergangenen Jahren des Nichtmehr-Monopols immer etwas deutlicher verlassen als auf die Parteienvertreter, weniger auf die Arbeitgeberorganisationen und Vertreter der Wirtschaft und Artverwandtes.

Der Hauptwiderspruch, meine Damen und Herren, zwischen Anspruch und Wirklichkeit des Wirkens und der Verantwortung der gesellschaftlichen Gruppen gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und gegenüber der Gesellschaft liegt aber darin, dass dieses gesamte Geschäft unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindet. Öffentlichkeit über die Aufsichtsgremien findet in den Printmedien, sofern sie sich selektiv (und zumeist ohnehin interessenorientiert im Rahmen ihrer jeweiligen Konzernzugehörigkeit!) überhaupt einem diesbezüglichen Thema widmen, fast ausschließlich in konsequenter Verkürzung auf die politische Farbenlehre statt.

Der konsequente, gleichwohl unreflektierte Ausschluß der Öffentlichkeit, um die es aber ja geht – es geht um nichts anderes! – ist einer der verhängnisvollsten Fehler im System. Das öffentlich-rechtliche Sendersystem hat es nicht vermocht, seine Interessenlage, die zugleich Interessenlage der demokratischen Gesellschaft ist, verfassungsrechtlich abgesegnet, auch öffentlich zu machen, weil an den Schaltstellen bis hin zur Intendantenebene zu viele unpolitische Köpfe hocken. Meinungsbildung und politische Willensbildung findet in der demokratischen Gesellschaft nur über öffentliche Information und öffentlichen Diskurs statt. Von dem sind die gesellschaftlichen Gruppen der öffentlich-rechtlichen Anstalten jedoch weitestgehend ausgeschlossen. Zu verantworten haben das die Gremien selbst und die fürs Programm verantwortlichen Intendanten. Also

Viertens:

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muß endlich begreifen, dass seine Aufsichtsgremien seine eigentliche Chance sind. Er wäre gut beraten, deren Tun endlich öffentlich zu machen. Und er muß endlich den Mut finden, in eigener Sache öffentlich, d. h. auch in seinen Programmen, medienpolitisch präsent zu sein.

Es sind die Spitzenrepräsentanten der wichtigsten gesellschaftlich relevanten Institutionen und Verbände, die sich in den Rundfunkräten und im ZDF-Fernsehrat versammeln. Doch schlägt sich das entsprechend nieder? Ich meine nein.

Zweifellos aber ist dies ein Wechselspiel: Wechselnde Intendanten haben sich, nicht nur beim WDR, konsequent und ohne schlüssige Begründung, Vorschlägen verschlossen, Medienkritik in den eigenen Programmen abzubilden. "Texte-Töne-Bilder" in irgendeiner WDR-5-Hörfunknische ist kein Gegenbeispiel.

Es gibt keine breite Öffentlichkeit über die gesellschaftspolitisch so eminent bedeutsamen Vorgänge in der Medienwirtschaft. Und auch Medienkritik findet nur für kleine Zielgruppen exklusiv in epd statt und bleibt auch da. Medienkritik ist und bleibt unbequem, vielleicht, weil sie – in den eigenen Programmen im Wege kritischer Berichterstattung – den Unwillen der Politik hervorrufen könnte? Und die braucht man doch im Zweifelsfall noch deutlich mehr als die gesellschaftlichen Gruppen..?

Beim Westdeutschen Rundfunk, jetzt komme ich zu der vorhin offengelassenen Frage – und ich bin keiner, der zur Schönfärberei neigt! – beim WDR also ist das

Stärkeverhältnis der Grauen im Verhältnis zur Politikbank, also den vom Landtag entsandten Kollegen, in Ordnung, wie ich finde. 29 Graue, schwarze Graue, rote Graue, grüne Graue und graue Graue, bilden einen erstaunlich homogenen Freundeskreis, von dem sehr vieles einfließt in die Freundeskreise von SPD und CDU. Umgekehrt findet das sicherlich auch statt, aber von Domestizierung der Vertreter der gesellschaftlich relevanten Gruppen durch die Politik kann nach meiner langjährigen Beobachtung (15 Jahre Rundfunkrat, jetzt seit zwei Jahren Verwaltungsrat) keine Rede sein.

Ein bemerkenswertes und völlig unverständliches Manko der gesellschaftlichen Gruppen besteht – mein letzter Punkt – darin, dass die Kommunikation untereinander senderübergreifend völlig unzulänglich ist. Im Deutschen Journalisten-Verband, dessen Vorsitzender in NRW ich seit vielen Jahren bin, haben einige Kollegen das einige Male versucht. Es hatte keinen Bestand. Aber: Was wäre das für ein Gewinn, wenn die gesellschaftlichen Gruppen, zunächst untereinander, die Kirchen, die Gewerkschaften, die vielen Verbände, eine gemeinsame Linie verträten!

Fünftens also:

Die Privatisierung der Mandate in den Aufsichtsgremien ist ein wesentlicher Hemmschuh für gemeinsames, wirksames Handeln. Eine strukturelle Verbesserung der senderübergreifenden Kommunikation könnte eine entscheidende Verbesserung der Effizienz bewirken.

Dortmund, den 22. Januar 2003